



THESEN ANLÄSSLICH EINER DISKUSSION ZUM THEMA
„RAUS AUS DER SCHULDENFALLE – ABER RICHTIG!“
AM 26. JANUAR 2011 IN BERLIN

1. Die Konjunktur „brummt“, das Steueraufkommen steigt, und der Bund hat ein „Sparpaket“ auf den Weg gebracht. Gibt es dennoch ein „Schuldenproblem“?
2. Ja! Sechs Fakten bzw. Prognosen belegen dies.
3. Das Steueraufkommen wird wohl erst im Jahr 2012 (offizielle Steuerschätzung: 563,2 Mrd. Euro) höher sein als im Jahr 2008 (561,2 Mrd. Euro), wenn man die Mehreinnahmen aus der Steuererhöhung 2011/2012 (6,8 Mrd. Euro) nicht berücksichtigt.

Das Beitragsaufkommen dürfte dagegen im Jahr 2012 – auch wegen der Anhebung der Beitragssätze – um 34 Mrd. Euro höher als im Jahr 2008 ausfallen.

4. Die Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden im Jahr 2012 wohl um 114 Mrd. Euro höher als im Jahr 2008 sein.
5. Das Budgetdefizit des Staates dürfte am Ende der Legislaturperiode – trotz der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung – im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt mehr als 2 Prozent betragen.
6. Die Neuverschuldung des Bundes wird im Jahr 2014 wohl nicht so niedrig sein, wie sie auf dem Weg zu einer strukturellen Neuverschuldung in Höhe von 10 Mrd. Euro (0,35 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahr 2016 sein muss. Die Ausgabenkürzungen im Rahmen des „Sparpakets“ stehen nämlich zum Teil nur auf dem Papier (z. B. Leistungen der Bundesagentur für Arbeit, disponible Ausgaben, „globale“ Minderausgabe im Jahr 2014).
7. Die öffentlichen Schulden haben Ende 2010 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt die 80-Prozent-Marke deutlich überschritten. Dabei sind die impliziten Schulden (250 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) nicht eingerechnet.

8. Das Zinsniveau wird nicht dauerhaft so niedrig wie seit einiger Zeit bleiben. Ein Anstieg um einen Prozentpunkt bedeutet mittelfristig Mehrausgaben des Staates in Höhe von 20 Mrd. Euro.
9. Es gibt erheblichen Handlungsbedarf, nicht nur beim Bund.
10. Bei der Konsolidierung kommt es darauf an, die Ausgaben zu kürzen. Abgabenerhöhungen sind weit weniger geeignet. Dies beruht auf den Wirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum. Kürzungen der Staatsausgaben, insbesondere der „konsumtiven“ Ausgaben, fördern mittelfristig Wachstum und Beschäftigung.
11. Ein Ansatzpunkt sind die Personalausgaben (Löhne, Pensionen). Ein Prozentpunkt entspricht rund 2 Mrd. Euro.
12. Ein weiterer Ansatzpunkt sind die Subventionen. Die Subventionen des Bundes blieben bei den bisherigen Entscheidungen weitgehend unangetastet. Die von vornherein geringe Kürzung der Ökosteuer-Vergünstigungen wurde sogar reduziert – „zugunsten“ einer weiteren Steuererhöhung, nämlich einer Anhebung der Tabaksteuer. Die Einführung einer Luftverkehrssteuer mag man freilich als Ersatz für das Kürzen der Steuervergünstigung beim Kerosinverbrauch werten, einer Steuervergünstigung, die aufgrund internationaler Vereinbarungen nicht im Alleingang korrigiert werden kann.
13. Eine Finanztransaktionssteuer (FTS) ist ökonomischer Unfug.

Ziel der FTS ist es, die „Spekulation“ einzudämmen und mehr Stabilität der Märkte zu erreichen. Man meint, ein Weniger an Umsatz bringe ein Mehr an Stabilität.

Richtig ist das genaue Gegenteil: Erhöhte Transaktionskosten verstärken die Volatilität der Märkte.

Warum? Bei Umsätzen an Kapitalmärkten treffen unterschiedliche Markterwartungen aufeinander und schlagen sich in einer Kurskorrektur nieder. Werden viele kleine Korrekturen wegen der steuerbedingt hohen Kosten des Handels unterbunden, kommt es nur beim Überschreiten von Schwellenwerten zum Handel und damit zu stärkeren Ausschlägen. Die kontinuierliche Verarbeitung von Informationen wird durch eine FTS erschwert.

Wird eine FTS dennoch eingeführt, wird sie nur geringe Einnahmen bringen, weil wichtige andere Länder, insbesondere das Vereinigte Königreich und die USA, die Einführung einer FTS ablehnen und daraufhin Finanztransaktionen in diese Länder verlagert werden.

14. Die ungünstige Finanzlage des Staates schließt Steuersatzsenkungen keineswegs aus. Wenn Ausgaben des Staates kräftig genug gekürzt werden, dann lassen sich z. B. die Einkommensteuersätze für alle senken. Eine Selbstfinanzierung einer Steuersenkung ist dagegen in nur geringem Maße wahrscheinlich.
15. Konkret lassen sich die Subventionen kürzen und die Einkommensteuersätze reduzieren. Eine Strategie, die primär den Bund betrifft, ist vom Institut für Weltwirtschaft im Rahmen eines Gutachtens für die INSM dargelegt worden. Es geht um das schrittweise Kürzen der Subventionen um 58 ½ Mrd. Euro gemäß der „Rasenmähermethode“.
16. Wichtig ist, dass auf EWU-Ebene die größten Fehler vermieden werden. Sonst wird die Lage der Finanzen Deutschlands unkalkulierbar, weil eine Haftungsgemeinschaft mit unangenehmen Folgen für das Zinsniveau entsteht.
17. Der Bundesfinanzminister hat zwar gesagt:
 - ❖ „Die Stabilität des Euro ist in Gefahr.“
 - ❖ „Zum Bailout gibt es keine Alternative.“Beide Aussagen sind aber falsch.
18. Der Rettungsschirm für die Euro-Länder sollte befristet bleiben. Eine Aufstockung des Rettungsschirms ist falsch. Es entstünde eine noch größere Haftungsgemeinschaft. Der Schirm darf nicht gegen Insolvenz schützen, sondern nur Liquiditätshilfe gewähren.
19. Mittelfristig ist ein Übergang zu einer tatsächlichen No-Bail-Out-Situation nötig. Dann spiegeln Zinsunterschiede (Spreads) die Folgen einer unsoliden Finanzpolitik wider, und hohe Zinsen erschweren eine unsolide Finanzpolitik. Kommt es unter diesen Umständen dennoch zu einem Staatsbankrott, dann sind systemisch relevante Banken von der jeweiligen nationalen Regierung zu „retten“; Finanzmarktstabilität ist nämlich ein öffentliches Gut im ökonomischen Sinne (fehlende Konsumrivalität, Nichtausschließbarkeit). Das Risiko, dass Probleme auftreten, ist umso kleiner, je besser eine Finanzmarktreform gelingt. Grundsätzlich positiv in diesem Sinne ist das Restrukturierungsgesetz zu bewerten.